

Bei den insgesamt

509 Beschuldigten⁺, die ohne Unterstützung von Personen aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin die DDR ungesetzlich zu verlassen beabsichtigten, sind hinsichtlich des Erscheinungsbildes keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Der im Jahre 1977 festgestellte erhebliche Anstieg der Versuche, die DDR auf dem Wasserwege über die Ostsee zu verlassen, hat sich im Berichtszeitraum nicht fortgesetzt.

Unter den 509 Beschuldigten befinden sich

20 Personen (62 Person),

die ihr Vorhaben mittels terroristischer Methoden verwirklichen wollten. (siehe den Punkt 2.2.3.)

Im Berichtszeitraum wurden durch die Untersuchungsabteilungen des MfS in einer Reihe von Fällen erfolgte ungesetzliche Grenzübertritte aufgeklärt, in deren Ergebnis neben EV/Fahndung gegen die geflüchteten Täter auch Ermittlungsverfahren wegen Beihilfe zum ungesetzlichen Verlassen der DDR gegen mehrere Personen in Bearbeitung genommen wurden. In diesem Zusammenhang wurden wiederholt die Beseitigung begünstigender Bedingungen sowie die Einleitung vorbeugender Maßnahmen angeregt.

Im Berichtszeitraum wurden in

83 Fällen (1977: 138)

Untersuchungen gegen Personen wegen deren widerrechtlichen Eindringens in das Staatsgebiet der DDR geführt.

⁺ ausführliche Angaben siehe statistischer Anhang - Anlage 1